FDP Neu-Anspach

WAS HAT DIE STADT VON DER WOHNBAUGENOSSENSCHAFT?

01.07.2026


Usinger Anzeiger

Was hat die Stadt von der Wohnbaugenossenschaft?

FDP fordert mehr Informationen zum Geschäft der „Leben und Wohnen"

Neu-Anspach – Die Stadt Neu-Anspach hält 30 Prozent der Gesellschafteranteile an der gemeinnützigen Baugesellschaft „Leben und Wohnen im Taunus" („LeWo"). Für die FDP im Stadtparlament ist das Grund genug, mehr Informationen zum operativen Geschäft der „LeWo" einzufordern, als es aus dem Beteiligungsbericht hervorgeht. Der Antrag der Liberalen, zu beschließen, den Informationsgehalt des Beteiligungsberichts im Sinne einer größeren Transparenz und einer verbesserten politischen Steuerungsfähigkeit weiterzuentwickeln und künftige Beteiligungsberichte um eine tabellarische Übersicht zu ergänzen, wurde nach längerer Diskussion mit einer Ergänzung einstimmig beschlossen.

Aus Sicht der FDP wird der Nutzen der Beteiligung an der Wohnbaugenossenschaft nicht genügend greifbar dargestellt, begründete Stefan Ziegele den Antrag seiner Fraktion. Einige Kennzahlen würden im Beteiligungsbericht zwar genannt, wesentliche Informationen zu konkreten Projekten, deren Standort und gesellschaftlichem Mehrwert suche man darin jedoch vergeblich. Dabei sei die Stadt Neu-Anspach mit 30 Prozent der größte Anteilseigner. Insofern sei es schon von großem Interesse, zu erfahren, welcher konkrete Mehrwert insbesondere für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums über die rein finanzielle städtische Beteiligung hinaus damit verbunden ist, argumentierte Ziegele. So müssten etwa die aktiven und geplanten Bauvorhaben mit Projektbeschreibung, Standort, Aufwandsschätzung und erwartetem gesellschaftlichem Nutzen dargestellt werden. Wenn im Beteiligungsbericht zum Beispiel von „zwei größeren Grundstücken" die Rede sei, sei das zu allgemein. Eine präzisere Darstellung der konkreten Mittelverwendung würde mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit schaffen, so der FDP-Sprecher.

Die Mehrheit des Parlaments goutierte zwar den Wunsch der FDP nach Transparenz, sah im Beteiligungsbericht zunächst jedoch nicht das richtige Medium. CDU-Sprecherin Ulrike Bolz sagte, es gebe in den Fachausschüssen Standardtagesordnungspunkte, bei denen über den Wirtschaftsbeirat und die Kitas berichtet werde. Ähnlich könnte das auch mit der „LeWo" gehandhabt werden. Zudem sei der Magistrat in der Gesellschafterversammlung vertreten, könne darüber also auch berichten. Klaus Hoffmann (CDU) erklärte, der Beteiligungsbericht beziehe sich nur auf die Beteiligung selbst, nicht aber auf das operative Geschäft, dafür gebe es den ausführlichen, öffentlich einsehbaren Geschäftsbericht. Zudem wundere er sich darüber, dass es der FDP offenbar nur auf die „LeWo" ankomme, dabei habe die Stadt doch noch mehr Beteiligungen. Bürgermeister Birger Strutz (CDU) verwies ebenfalls auf den weit detaillierteren Geschäftsbericht und ergänzte, dass die Genossenschaft seiner Kenntnis nach derzeit nicht über genügend Mittel verfüge, um größere Projekte anzustoßen.

Mehr Information würde auch die FWG-UBN begrüßen. Sinnvoll sei es daher vielleicht, einmal im Jahr den Geschäftsführer der Wohnungsbaugenossenschaft zur Berichterstattung in den HFA oder den Bauausschuss einzuladen, schlug Karin Birk-Lemper vor.

Auf diesen Kompromiss, zur Deckung des weitergehenden Informationsbedarfs den Geschäftsführer einmal jährlich in den Fachausschuss zu bitten und zudem regelmäßige Zwischenberichte des Magistratsvertreters in der Gesellschafterversammlung einzuholen, konnte sich das Stadtparlament dann verständigen. as

Abgerufen am 19.11.2026 unter https://neu-anspach.fdp-hessen.de/?p=4781